



Bielefeld, 9. Juli 2014

Stellungnahme zum Positionspapier „Menschen mit geistiger Behinderung im Maßregelvollzug. Handlungsbedarfe und Perspektiven“ der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft e. V.

Auf dem Hintergrund ihrer wiederholten Beschäftigung mit dem Themenkomplex der straffällig gewordenen Menschen mit geistiger Behinderung im Maßregelvollzug hat die Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft e. V. (DHG) im Juni 2014 ihr Positionspapier „Menschen mit geistiger Behinderung im Maßregelvollzug. Handlungsbedarfe und Perspektiven“ verabschiedet. Die Deutsche Gesellschaft für seelische Gesundheit bei Menschen mit geistiger Behinderung e. V. (DGSGB) begrüßt und unterstützt dieses Positionspapier der DHG ausdrücklich. Die DGSGB sieht sich mit der DHG völlig einig in dem dringlichen Anliegen, die Situation der straffällig gewordenen Personen mit geistiger Behinderung im Maßregelvollzug erheblich zu verbessern, dort fachlich adäquate und effiziente Angebote und vor allem auch wirksame Strukturen der forensischen Nachsorge für diesen Personenkreis in Kooperation mit den Diensten und Einrichtungen der Eingliederungshilfe zu etablieren.

Angesichts vieler fachlicher und fachpolitischer Übereinstimmungen der DHG und der DGSGB war es während der Erarbeitung des Positionspapiers in der DHG auf deren Initiative zu einem fruchtbaren Meinungsaustausch zwischen den Vorständen beider Gesellschaften über Inhalte, Vorschläge und Forderungen des Positionspapiers gekommen. Überdies vereinbarten beide Gesellschaften, gemeinsam die Diskussion zur Analyse der Handlungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven im Hinblick auf Menschen mit geistiger Behinderung im und nach dem Maßregelvollzug voranzutreiben. Zu dieser Diskussion werden sie systematisch weitere Akteure aus forensischer Psychiatrie, Gesundheits-, Rechts- und Sozialpolitik, Justizverwaltung, Fachverbänden für Menschen mit Behinderungen usw. einladen. DHG und DGSGB drängen darauf, dass der gegenwärtige Diskussionsprozess zur Reform des Maßregelvollzugs die Probleme im Hinblick auf straffällig gewordene Menschen mit geistiger Behinderung ausdrücklich einbezieht.

Für den Vorstand

Prof. Dr. med. Michael Seidel
Vorsitzender

Vorstand:

Prof. Dr. Michael Seidel, Bielefeld (Vorsitzender)
Prof. Dr. Klaus Hennicke, Berlin/Bochum (stellv. Vors.)
Prof. Dr. Theo Klauß, Heidelberg (stellv. Vors.)
Prof. Dr. Gudrun Dobslaw, Fulda (Schatzmeisterin)
Jun.-Prof. Dr. Pia Bienstein, Köln,
Dr. Knut Hoffmann, Bochum
Dipl.-Psych. Stefan Meir, Meckenbeuren

Postanschrift:

v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel
Bethel.regional
Prof. Dr. Michael Seidel
Maraweg 9
D 33617 Bielefeld
Telefon 0521 144-2613
Telefax 0521 144-3467

Konto-Nummer 106 110 935, Sparkasse Detmold, BLZ 476 501 30
StNr. 349/5996/7302